

# Stenographisches Protokoll.

## 7. Sitzung der II. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 27. März 1947.

### Inhalt.

1. Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten (S. 143).
2. Abwesenheitsanzeige (S. 143).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 143).
4. Verhandlung:

Antrag des Bauausschusses, betreffend Herstellung einer Verbindungsstraße von Pleßberg im Gemeindegebiet Kautzen nach Klein-Harmanns im Gemeindegebiet Goschenreith, Gesamtlänge zirka 2 km: Berichterstatter Abg. Kaindl (S. 143); Abstimmung (S. 144).

Antrag des Bauausschusses, betreffend Bau eines Güterweges in der Gemeinde Hypolz, Bezirk Zwettl, von der Ortschaft Dietmanns zu der Ortschaft Blumau und den zerstreut liegenden Gehöften der Gemeinde Etzen in der Richtung Schloß Rosenau mit Anschluß an die Bezirksstraße Klein-Meinhardt: Berichterstatter Abg. Kaufmann (S. 144); Redner: Abg. Zettl (S. 144); Abstimmung (S. 145).

Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend Gründung einer Gesellschaft zur Ausbeutung des bei Gloggnitz befindlichen Braunkohlenvorkommens und zur Errichtung eines Braunkohlenbergbaues: Berichterstatter Abg. Koppensteiner (S. 145 und S. 146); Redner: Abg. Hölzl (S. 145), Abg. Endl (S. 146); Abstimmung (S. 146).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Budgetprovisorium bei der Niederösterreichischen Landesverwaltung und Verlängerung bis 30. April 1946: Berichterstatter Abg. Glaminger (S. 146 und S. 149); Redner: Abg. Dubovsky (S. 147), Abg. Mentasti (S. 148), Abg. Dr. Riel (S. 148); Abstimmung (S. 149).

Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend das Ersuchen des Bezirksgerichtes Bruck an der Leitha um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Johann Koppensteiner wegen Ehrenbeleidigung: Berichterstatter Abg. Doktor Steingötter (S. 149); Abstimmung (S. 149).

PRÄSIDENT (um 14 Uhr 15 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung ist wegen Krankheit entschuldigt der Herr Abg. Romsy.

Ich habe die in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses, des Schulausschusses und des Verfassungsausschusses erledigten Geschäftsstücke auf die Nachtragstagesordnung setzen lassen und ersuche um die Zustimmung

des Hauses zu dieser Maßnahme. (Nach einer Pause): Es ist keine Einwendung.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest): Antrag der Abgeordneten Wallig, Legerer, Mitterhauser, Theuringer, Naderer und Genossen, betreffend Instandsetzung der beschädigten Dämme und der Hilfsgräben der Pulka im Bezirk Retz und Haugsdorf infolge Hochwasser.

Antrag der Abgeordneten Legerer, Wallig, Mitterhauser, Theuringer, Naderer, Romsy und Genossen, betreffend Instandsetzung der Uferschutzdämme der March im Gebiete Marchegg, Baumgarten und Zwerndorf im Marchfeld.

Antrag der Abgeordneten Waltner, Mitterhauser, Dr. Riel, Schöberl, Wallig, Marchsteiner und Genossen, betreffend Behebung der Wasserschäden in den Bezirken Kirchberg am Wagram, Stockerau, Krems und Langenlois.

Antrag der Abgeordneten Steirer, Nimetz, Buchinger, Ficker, Kuba, Stern und Genossen, betreffend Errichtung eines niederösterreichischen Lehrlingsheimes für Jugendliche aus Niederösterreich, die in Wien in einem Lehrlingsverhältnis stehen.

PRÄSIDENT (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. Kaindl, die Verhandlung zur Zahl 250 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KAINDL: Ich habe namens des Bauausschusses betreffend Herstellung einer Verbindungsstraße von Pleßberg im Gemeindegebiet Kautzen nach Klein-Harmanns im Gemeindegebiet Goschenreith, Gesamtlänge zirka zwei Kilometer zu berichten. Diese vorgesehene Verbindungsstraße bildet eine wirtschaftliche Verbindung der Landstraße II. Ordnung Nr. 137 (Peigarten—Kautzen) mit der Bezirksstraße III. Ordnung Nr. 16 (Peigarten—Dobersberg).

Es ist allgemein bekannt, daß der Zug zu den Bezirksorten in der heutigen Zeit eine Lebensnotwendigkeit ist. Aus dieser Erkenntnis heraus haben meine Landsleute, Bauern der Katastralgemeinde Pleßberg, ersucht, man möge endlich einem Mißstand abhelfen, der

schon lange Jahrzehnte hindurch unsere braven, aber armen Landgenossen bewegt.

Ich habe eine Kartenskizze mitgebracht, um dem Hohen Landtag aufzeigen zu können, wie notwendig diese Sache ist. Leider ist diese Karte etwas klein, wollen Sie aber, bitte, einen Blick herwenden (*auf die Kartenskizze zeigend*). Hier liegt der Ort Pleßberg. Wenn nun die Bewohner von Pleßberg zum Bezirksort Dobersberg fahren wollen, müssen sie zuerst zwei Kilometer nordwestlich nach Kautzen und dann acht Kilometer nach Dobersberg zurückfahren, wo sich das Lagerhaus, die Bezirksbauernkammer usw. befinden, bei denen eben die Bauern zu tun haben. Diesem Übelstand wäre leicht abzuhelfen, würde man die kleine Verbindungsstraße in einer Länge von 2,2 km, welche hier auf dem Kartenbild rot erscheint, bauen. In diesem Falle wären die Leute schon in einem halben Tag von ihrer Arbeitsstätte bei ihrer Absatzstätte. Wenn das aber nicht geschieht, dann müssen sie, wie schon Jahrzehnte hindurch, weiterhin einen ganzen Tag verträdeln. Bedenken Sie, was das heute angesichts des Arbeiter- und Zeitmangels, der sich auf dem landwirtschaftlichen Sektor besonders bemerkbar macht, bedeutet. Ich darf Sie also bitten, daß Sie das Ansuchen, das wir stellen, nicht nur befürworten, sondern daß Sie auch dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung geben.

Die Katastralgemeinde Pleßberg gehört zum Einzugsgebiet des Lagerhauses Dobersberg, wo die Bauern ihren sämtlichen Ablieferungsverpflichtungen nachzukommen haben. Heute müssen nun diese Bauern, wenn sie ihre landwirtschaftlichen Produkte in das Lagerhaus Dobersberg führen, statt fünf Kilometer östlich direkt nach Dobersberg zu fahren, zuerst zwei Kilometer nordwestlich nach Kautzen und von dort erst acht Kilometer herunter nach Dobersberg fahren. Bei Erstellung dieser Verbindungsstraße von Pleßberg nach Klein-Harmanns wäre die Hälfte des Weges erspart, was nicht nur eine wesentliche Zeitersparnis bedeutet, sondern bei der heutigen Wirtschaftslage geradezu eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Durch die Errichtung dieser Verbindungsstraße wäre, wie schon erwähnt, ein halber Tag erspart. Namens des Bauausschusses stelle ich daher den Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Errichtung einer Verbindungsstraße von Pleßberg im Gemeindegebiet Kautzen nach Klein-Harmanns im Gemeindegebiet Goschenreith ehestens in Angriff zu nehmen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kaufmann, die Verhandlung zur Zahl 251 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KAUFMANN: Ich habe namens des Bauausschusses, betreffend Bau eines Güterweges in der Gemeinde Hypolz, Bezirk Zwettl, von der Ortschaft Dietmanns zu der Ortschaft Blumau und den zerstreut liegenden Gehöften der Gemeinde Etzen, in der Richtung Schloß Rosenau mit Anschluß an die Bezirksstraße Klein-Meinharts zu referieren.

Ich schließe mich meinem Vorredner an und will mir weitere Erörterungen ersparen, denn genau so ähnlich wie beim vorhergehenden Antrag liegen die Dinge im Gemeindebezirk von Hypolz, Waldhäusl und Etzen. Dort besteht ebenfalls eine solche Kalamität an Wegen. Die Leute fahren Jahrzehnte, vielleicht schon Jahrhunderte, auf den Feldwegen, und es weiß jedermann, daß mit Gespannen auf Feldwegen sehr schlecht zu fahren ist. Ein Umweg von fünf bis sechs Kilometer ist zu machen, um auf der Bezirksstraße nach Großgerungs ins Lagerhaus zu kommen. Es ist daher vollkommen berechtigt, wenn diese bäuerlichen Kleinbesitzer, hauptsächlich Waldbauern, wo die einzelnen Gehöfte zerstreut liegen, sich um eine Straße bewerben. Sie sind daher an uns mit der Bitte herangetreten, wir sollen darangehen, einen sogenannten Güterweg zu erbauen, der dann später als Straße erklärt werden soll.

Der diesbezügliche Antrag des Bauausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, alle nötigen Schritte zu unternehmen, damit der Bau eines Güterweges in der Gemeinde Hypolz, Bezirk Zwettl, von der Ortschaft Dietmanns zu der Ortschaft Blumau und den zerstreut liegenden Gehöften der Gemeinde Etzen in der Richtung Schloß Rosenau mit Anschluß an die Bezirksstraße Klein-Manharts in Angriff genommen wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Zettel.

Abg. ZETTEL: Hoher Landtag! Im oberen Waldviertel, also in einem Gebiet, das vielleicht schon in früherer Zeit hinsichtlich der Verbindungswege vernachlässigt wurde, erscheint es dringend notwendig, Verbindungswege herzustellen und die oft unpassierbaren Straßen wieder instandzusetzen. Das ist gewiß eine Angelegenheit von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Jeder, der das Gebiet kennt, weiß,

daß im Waldviertel nicht nur die Verbindung mit der Bahn, sondern auch mit den Autobussen schlecht ist und daß daher der Großteil der Bevölkerung gezwungen ist, die Verbindung mit Fahrrädern aufrechtzuerhalten. Ich denke da in erster Linie an die Arbeiterschaft, die oft kilometerweit von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnt. Diese Leute können nur mit Fahrrädern zu ihrem Arbeitsplatz gelangen, und infolge des schlechten Zustandes der Straßen ist es selbstverständlich, daß die Fahrräder mehr abgenützt werden, was in der heutigen Zeit bei der schwierigen Beschaffung der Reifen außerordentlich schwer ins Gewicht fällt. Uns ist aber auch bekannt, daß unter diesen Straßenverhältnissen im oberen Waldviertel nicht nur jeder persönliche Verkehr, sondern auch die ganze Wirtschaft des oberen Waldviertels schwer zu leiden hat. Ich verweise da nur auf die verschiedenen Steinbrüche, die abseits der Verbindungsstraßen liegen und daher nur unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu erreichen sind. Ich denke weiter an unseren Waldbesitz, wo Holz in großen Massen liegt, das in den Industriestädten gebraucht wird, aber nicht gebracht werden kann, weil die Verbindungswege dazu fehlen.

Wir unterstützen daher die Anträge, die darauf abzielen, solche Verbindungswege herzustellen und die in schlechtem Zustand befindlichen Straßen auszubessern. Ich hoffe, daß dies nur ein Anfang sein wird und daß gerade diesem Gebiet weiterhin ein besonderes Augenmerk zugewendet wird, damit es für die gesamte Wirtschaft Niederösterreichs erschlossen wird. Es ist in Wirklichkeit so, daß das Waldviertel nahezu unbekannt ist. Ich denke auch daran, daß bei entsprechender Herstellung der Straßen die Möglichkeit geschaffen werden kann, auch Fremde ins Waldviertel zu ziehen, was bisher nicht der Fall war, weil jeder Autobesitzer Gefahr läuft, daß er sein Fahrzeug umbringt, wenn er auf die schlechten Straßen des Waldviertels kommt. Wir werden daher für die Anträge stimmen und erwarten, daß auch Sie uns unterstützen, wenn wir Anträge zum Ausbau von notwendigen Verbindungsstraßen und zur Wiederherstellung der derzeit in schlechtem Zustand befindlichen Straßen bringen werden.

Berichterstatter Abg. KAUFMANN (*Schlusswort*): Ich bitte um Annahme des Antrages des Bauausschusses.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): Ange-nommen.

Infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Abg. Buchinger übernimmt Herr Abg. Koppensteiner die Berichterstattung zur Zahl 246;

ich ersuche den Herrn Abg. Koppensteiner, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Ländtag! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hölzl, Grafeneder, Staffa, Nimetz, Mentasti, Vesely und Genossen, betreffend Gründung einer Gesellschaft zur Ausbeutung des bei Gloggnitz befindlichen Braunkohlenvorkommens und zur Errichtung eines Braunkohlenbergbaues zu berichten.

Es handelt sich hier um ein Bergwerk, das seinerzeit in Betrieb gewesen ist, das sogenannte Harter Braunkohlenbergwerk. Dieses Werk liegt eigentlich sehr günstig, nämlich an der Peripherie des Wiener Neustädter Industriegebietes, so daß beim Transport der dort gewonnenen Kohlenmengen weite Wege erspart werden. Dieses Bergwerk, das sehr ergiebig war, ist von den Nationalsozialisten im Jahre 1942 stillgelegt worden und es hat die Gemeinde Gloggnitz das Eigentumsrecht für diesen Bergbau erworben. Die Gemeinde Gloggnitz und noch eine Schar von Leuten haben sich jetzt dort zusammengetan und betreiben den Bergbau behelfsmäßig. Die Notzeit, in der wir leben, und ganz besonders die Not an Brennstoffen überhaupt, insbesondere an Kohle, gibt uns zwangsmäßig den Auftrag, alle nur erdenklichen Mittel anzuwenden, um Brennstoffe im Inland, wo immer wir sie fördern können, tatsächlich zu fördern.

Der Antrag des Wirtschaftsausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die interessierten Gemeinden und Gebietskörperschaften unverzüglich zu einer Enquete einzuberufen, in welcher über die Gründung einer Gesellschaft zur Ausbeutung des bei Gloggnitz befindlichen Braunkohlenvorkommens und zur Errichtung eines Braunkohlenbergbaues beraten und beschlossen werden soll.“

Es ist im Interesse der österreichischen Kohlenversorgung gelegen, daß der stillgelegte Braunkohlenbergbau bei Gloggnitz ehestens wieder in Betrieb genommen wird und die dort vorhandenen Braunkohlenvorräte ausgebeutet werden.“

Der Wirtschaftsausschuß hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und empfiehlt dem Hohen Hause die Annahme des Antrages.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte. Das Wort hat Frau Abg. Hölzl.

Abg. HÖLZL: Hohes Haus! Ich glaube, es wird jedem einzelnen von uns der Winter noch in allen Gliedern liegen, weil uns ganz besonders die Kohlenkrise große Sorgen bereitet hat. Es sind schon einige Anträge zur

Erschließung der kleineren Kohlenbergwerke in Niederösterreich, wie Statzendorf usw., eingegangen. Das Harter Braunkohlenbergwerk ist im Jahre 1942 von den Nationalsozialisten gesperrt worden, es ist aber wiederum ohne weiteres in Betrieb zu nehmen, denn eigentlich wurden nur die Maschinen und die Seilbahn abtransportiert, sonst besteht aber alles noch in Ordnung. Dieses Bergwerk hat früher täglich 25 bis 30 Waggon an Kohle geliefert, und ich glaube, es wird die Unterstützung des Staates und des Landes eine Notwendigkeit sein, um die Fördermenge steigern zu können. Die Stadt Wiener Neustadt und die umliegenden Gemeinden haben schon eine Gesellschaft zur Wiederschließung dieses Kohlenbergwerkes gebildet. Es ist bereits so weit, daß die Vorarbeiten zur Kohlenförderung begonnen haben.

Ich möchte daher bitten, daß das Land und der Bund sich in finanzieller Hinsicht einschalten, um dieses Bergwerk wieder in vollen Betrieb zu bringen. Wir hoffen, daß damit der dortigen Arbeiterschaft — früher war dort eine Belegschaft von 350 Arbeitern, die zum Großteil gezwungen waren, auszuwandern — wieder Arbeitsmöglichkeit gegeben werden kann. (*Beifall links.*)

Abg. ENDL: Hohes Haus! Es haben bereits Abg. Tesar und Genossen für andere Gebiete ähnliche Anträge eingebracht. Wir haben in Niederösterreich eine Reihe von kleinen Kohlenvorkommen, von welchen das Kohlenbergwerk bei Gloggnitz das größte ist. Es ist daher die Wiedereinbetriebnahme des Harter Kohlenbergwerkes begrüßenswert; wir werden die Sache unterstützen, und es hat sich bereits Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl insoweit eingeschaltet, daß er für dieses Bergwerk schon die Maschinen im Ankauf hat, die momentan notwendig sind (*Bravo-Rufe rechts*). Leider ist aber der Hauptschacht ersoffen und die Inbetriebnahme kann daher nur von einem anderen Flöz aus angegangen werden. Es gibt dort ein großes Vorkommen und es wird wahrscheinlich dieses Flöz für die erste Zeit angegangen werden müssen. Es ist in der früheren Zeit, als das Werk noch in Aktion war, Tatsache gewesen, daß die Industrie im Gloggnitzer, Wiener Neustädter und Neunkirchner Gebiet mit dieser Kohle als Mischkohle zur Grünbacher Kohle sehr stark versorgt wurde. Sogar die Hotels auf dem Semmering haben u. a. auch diese Gloggnitzer Kohle als Mischkohle zur Grünbacher Kohle verwendet. Wenn hier richtig eingesetzt wird, wenn sich also alle zwei Parteien in diesem Hause (*Oho-Rufe bei den Kommunisten.* — *Landesrat Genner: Jetzt ist die Katze aus dem*

*Sack!*), eigentlich alle drei Parteien, darauf einrichten, daß wir gemeinsam etwas schaffen, so darf es nicht nur bei der Landeshilfe bleiben, sondern es muß auch der Bund hier mit-helfen. Im Ministerium für Wiederaufbau ist eine eigene Sektion für die Kohlenförderung im Lande gebildet worden, bei der ich persönlich mit dem Bürgermeister von Gloggnitz, der sich sehr dafür interessiert, vorgesprochen haben, und ich glaube, es wird zweckmäßig sein, Interessengruppen zu bilden, um alle Kohlenvorkommen in Niederösterreich zu fördern. (*Beifall rechts.*)

Berichterstatter Abg. KOPPENSTEINER (*Schlußwort*): Ich habe den Ausführungen meiner geschätzten Herren Vorredner nichts hinzuzufügen und ersuche das Hohe Haus, dem Antrag des Wirtschaftsausschusses stattzugeben und einstimmig annehmen zu wollen. Ich möchte nur noch beifügen, daß die Landesregierung dieser Sache ein besonderes Augenmerk zuwenden wolle, damit wir ehebaldigst der notleidenden Industrie des Wiener-Neustädter Bezirkes Kohlen zuführen können.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Wir gelangen nun zur Beratung der Nachtragstagesordnung und ich ersuche den Herrn Abg. Glaninger, die Verhandlung zur Zahl 260 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. GLANINGER: Ich habe namens des Finanzausschusses über den Bericht und Antrag der Niederösterreichischen Landesregierung, betreffend Budgetprovisorium bei der Niederösterreichischen Landesverwaltung — Verlängerung bis 30. April 1947 — zu berichten.

Der Landtag von Niederösterreich hat mit seinem Beschluß vom 18. Dezember 1946 der Niederösterreichischen Landesregierung die Ermächtigung erteilt, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1947 den Landshaushalt auf Grund eines Budgetprovisoriums zu führen.

Dieses Budgetprovisorium war notwendig geworden, weil vor Abschluß der seit Oktober 1946 geführten Verhandlungen zwischen dem Bundesminister für Finanzen und den Ländern über die Forderung der Länder nach Erhöhung der Finanzzuweisungen die Aufstellung der Einnahmenseite des Voranschlages 1947 nicht vorgenommen werden konnte.

Anläßlich der am 16. Dezember 1946 im Bundesministerium für Finanzen stattgefundenen Länderkonferenz wurde den Ländern bekanntgegeben, mit welchen erhöhten Finanzzuweisungen für das Jahr 1947 sie rechnen können.

Daraufhin wurde der Entwurf des Landesvoranschlages 1947 sofort fertiggestellt und

bereits anfangs Jänner 1947 einer leistungsfähigen Druckerei zur Drucklegung übergeben. Die ständige Stromkrise der letzten Monate hat es verhindert, daß die Druckerei die normale Lieferfrist, die mit etwa vier Wochen anzunehmen gewesen wäre, einhalten konnte.

Sofort nach Vorliegen eines brauchbaren Bürstenabzuges des Voranschlagsentwurfes 1947 wurde er am 12. März 1947 der Niederösterreichischen Landesregierung zur Behandlung vorgelegt.

Um nun dem Hohen Landtag die Möglichkeit zu geben, den Landesvoranschlag 1947 ohne Übereilung einer eingehenden und gründlichen Beratung unterziehen zu können, hat die Niederösterreichische Landesregierung in ihrer Sitzung vom 26. März 1947 beschlossen, dem Hohen Landtag die Verlängerung des Budgetprovisoriums bis einschließlich 30. April 1947 vorzuschlagen. Es wird daher der Antrag gestellt (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Geltungsdauer des in der Sitzung des Landtages am 18. Dezember 1946 beschlossenen Budgetprovisoriums wird bis einschließlich 30. April 1947 verlängert.“

Der Finanzausschuß hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ich bitte, dem Antrag des Finanzausschusses stattzugeben.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile dem Herrn Abg. Dubovsky das Wort.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Endlich ist es wieder so weit (*Landesrat Stika: Daß er weiß, was er reden soll*), daß wir ein Budgetprovisorium vorgelegt bekommen. Es ist in Niederösterreich schon zur Gewohnheit der Landesverwaltung geworden, daß man ein Provisorium durch das andere ablöst und daß man glaubt, auf diese Art und Weise die Schwierigkeiten überwinden zu können. Anlässlich der Beratung im Finanzausschuß über das vorhergehende Budgetprovisorium habe ich schon darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich anschließend an das Budgetprovisorium wieder ein solches folgen wird. Damals hat der Finanzreferent vorgeschlagen, das Provisorium bis Ende Februar zu befristen, wir haben es aber bis Ende März befristet. Nun ist die Zeit wieder verstrichen und man muß bis Ende April ein neues Provisorium beschließen. Das ist nicht die Schuld des Finanzreferenten allein, sondern es ist das System des Fortwursteln, des Sichgehenlassens, des Nichteingreifens in die Probleme unseres Landes, die uns heute bewegen. Daß dadurch das Mißtrauen der Bevölkerung draußen von Tag zu Tag immer größer wird, muß jedem verständlich sein. Die Bevölkerung draußen erwartet, daß endlich praktische Vorschläge ge-

macht werden, mit denen der Wiederaufbau begonnen werden kann. Die Bevölkerung erwartet weiter, daß endlich an die Lösung der Probleme gegangen wird, die der Bevölkerung von der Landesregierung als bereits gelöst hingestellt werden. Es genügt aber nicht, daß man z. B. einfach in amtlichen Aussendungen feststellt, daß die Unterernährung der Kinder in Niederösterreich katastrophal geworden ist. Durch diese Unterernährung sind unsere Kinder auf das ärgste für die Tuberkulose anfällig geworden. Hier darf man also nicht nur Feststellungen machen, sondern man muß Maßnahmen treffen, um den Gesundheitszustand unserer Kinder zu verbessern. Unsere Bevölkerung hat ohnehin schon durch die Verluste der beiden Weltkriege eine gewisse Vergrößerung erfahren, die sich noch mehr verstärken würde, wenn hier nicht energische Maßnahmen gegen die Gefährdung unserer Kinder durchgeführt werden würden. Der Ernährungszustand unserer Bevölkerung ist jedem bekannt. Die Ernährungskrise ist wieder akut geworden. Die Normalverbraucher erhalten in Niederösterreich praktisch nur Brot, Fleisch und Fett, das meistens nicht ausgegeben wird. Es ist daher kein Wunder, daß die Arbeiter vielfach nicht mehr weiterkönnen. Gestern war eine Deputation von Ziegelerarbeitern aus Leopoldsdorf hier; darunter waren Frauen, die 39 kg wiegen und die dort die schwere Arbeit des Ziegelschlagens verrichten. Diese Frauen haben erklärt, sie können nicht mehr. Als Schwerarbeiter haben sie außer dem Brot eine Zube von 85 dkg Maisgrieß, eine Zitrone und ein Viertelkilogramm Sauerkraut. Es ist begreiflich, daß diese Menschen nicht mehr arbeiten können und daß die Arbeit in den Ziegelwerken und den anderen Betrieben schon langsam zum Stillstand kommen müßte, wenn nicht geeignete Maßnahmen getroffen werden, um den Ernährungszustand unserer Bevölkerung zu verbessern. Auf der anderen Seite warten viele tausende Menschen darauf, daß Ziegel aus diesen Betrieben hinauskommen, damit sie ihre Wohnungen und Gehöfte wieder aufbauen können.

Ich habe schon viel gesehen, aber etwas Unfruchtbareres als unsere Landesverwaltung ist mir bis heute schwerlich untergekommen. Denken Sie alle nach, was hat diese Landesverwaltung alle Zeit hindurch wirklich getan? Wir haben hier im Landtag eine Wiederaufbaukommission beschlossen, deren Aufgabe es gewesen wäre, planend an die Frage des Wiederaufbaues heranzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Wiederaufbau in Niederösterreich wirklich beginnen kann. Die Landesverwaltung hat sich bis heute über diesen Beschluß des Landtages hinweggesetzt

und es nicht einmal der Mühe wert gefunden, diese Wiederaufbaukommission einzuberufen. Allem Anschein nach ist ihr der Wiederaufbau unseres Landes überhaupt egal.

Wir haben auch einen Ernährungsbeirat einberufen, der tritt aber nur dann zusammen, wenn die Lage des Landes besonders schlecht geworden ist. Da kommt dann der Ernährungsbeirat zusammen und wird dahin informiert, daß nichts da ist und daß die Ernährungslage wieder besonders schlecht geworden ist. Auf diese Weise bekommt man schön langsam den Eindruck, der Ernährungsbeirat habe nur die Aufgabe, dazu zu dienen, daß man auf ihn die Verantwortung für die triste Ernährungslage abwälzen kann.

Es wäre schon möglich gewesen, durch eine wirkliche Aktivierung des Ernährungsbeirates dafür zu sorgen, daß eine wirkliche Organisation der Ernährungswirtschaft in Niederösterreich hätte stattfinden können. Man hat zwar anlässlich der letzten großen Ernährungskonferenz immer von der Proporzpolitik und der Notwendigkeit der demokratischen Zusammenarbeit gesprochen. Wir Kommunisten sind immer auf dem Standpunkt der demokratischen Zusammenarbeit gestanden; wir haben immer unterstrichen, daß wir aus diesem Elend nur dann herauskommen können, wenn es uns gelingt, eine wirkliche demokratische Zusammenarbeit in allen Fragen herbeizuführen. Diese demokratische Zusammenarbeit kann aber nicht bloß als optische Maßnahme bestehen, sondern muß in die Tat umgesetzt werden. Diese demokratische Zusammenarbeit fehlt aber im Land Niederösterreich fast zur Gänze. Kollege Endl hat schon die Katze aus dem Sack gelassen, indem er sagte, die Angelegenheit des Harter Kohlenbergwerkes werden schon alle zwei Parteien erledigen. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, welche Auffassung über die demokratische Zusammenarbeit bei diesen beiden Parteien wirklich vorhanden ist. Es ist klar, daß für dieses Budgetprovisorium aus den gegebenen Tatsachen heraus auch diese beiden Parteien allein die Verantwortung übernehmen müssen. Wir lehnen es daher ab, für dieses Budgetprovisorium zu stimmen.

Abg. MENTASTI: Hoher Landtag! Ich habe am 18. Dezember 1946 bei der Einbringung der ersten Vorlage des Budgetprovisoriums namens meiner Fraktion unseren Standpunkt besprochen. *(Zwischenrufe der Kommunisten. — Landesrat Stika: Ihr könnt uns nicht einschüchtern. — Landesrat Abg. Gerner: Einschüchterer seid ihr, denn ihr macht nichts anderes als blöde Drohungen! — Lärm*

*und Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wir bedauern sehr, daß es nicht möglich war, das Budget rechtzeitig einzubringen. Wenn wir trotzdem heute für die Verlängerung des Budgetprovisoriums stimmen, so geschieht dies aus zweierlei Gründen. Erstens haben wir die Tagesordnung vor uns liegen, aus welcher ersichtlich ist, daß die Verhandlung über das Budget ohnedies in der nächsten Woche beginnt und daß es, wie wir rechnen können, im Laufe des Monats April beraten und beschlossen werden kann.

Der Finanzreferent von Niederösterreich erklärt, wenn man ihn aufmerksam macht, warum er nicht energischer an diesen Dingen gearbeitet hat, daß infolge des durch die Kohlenkrise verursachten Strommangels, für den er nicht verantwortlich ist, das Budget nicht zeitgerecht gedruckt werden konnte. Jedenfalls muß man dem Glauben schenken, weil man es auch auf anderen Gebieten erlebt hat, daß wegen des Strommangels Dinge nicht rechtzeitig fertig geworden sind.

Wir stimmen für die Verlängerung des Budgetprovisoriums, erwarten aber, daß in den nächsten Wochen mit allem Ernst an die Verabschiedung des Budgets geschritten wird. *(Beifall links.)*

Abg. Dr. RIEL: Hoher Landtag! Es ist uns allen bekannt, daß das ernstliche Bestreben bestanden hat, noch vor Ablauf des ersten Budgetprovisoriums das Budget des Landes Niederösterreich zu verabschieden. Wenn es nicht dazu gekommen ist, so waren dafür höhere Gründe maßgebend. Es war einfach unmöglich, bei den Witterungs- und Verkehrsverhältnissen in den Monaten Jänner und Februar die Abgeordneten des Landtages zu einer Sitzung einzuberufen, um das Budget 1947 ausführlich und eingehend zu beraten. Es war damals nicht einmal möglich, aus jenen Gegenden nach Wien zu kommen, die verkehrsgeographisch günstig gelegen sind. Es wäre also einer Reihe von Abgeordneten unmöglich gewesen, an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen, um ihre wichtigste Funktion, das Budget, zu beraten und zu beschließen, auszuüben. Es ist daher keineswegs so, daß man hier von einer Nachlässigkeit seitens der Landesverwaltung oder der Landesregierung sprechen kann, sondern um den Landtagsabgeordneten das verfassungsmäßig gewährleistete Recht, an der Beratung des Budgets mitzuwirken, zu ermöglichen, war die Landesregierung gezwungen, die Budgetberatung auf einen späteren, günstiger gelegenen Zeitpunkt zu verschieben.

Nächste Woche werden Sie Gelegenheit haben, Ihre positiven Vorschläge zum Wiederaufbau des Landes Niederösterreich zu unterbreiten, von dem Sie heute bereits soviel gesprochen haben.

Was die demokratische Zusammenarbeit betrifft, ist die ÖVP. jederzeit dazu bereit gewesen, nur setzt diese demokratische Zusammenarbeit auch Loyalität auf der Gegenseite voraus. Es sind uns genügend Tatsachen bekanntgeworden, die uns mit Recht bezweifeln lassen, ob diese Loyalität auch auf der Gegenseite vorhanden gewesen ist.

Berichterstatter Abg. GLANINGER (*Schlusswort*): Wir haben die verschiedenen Standpunkte gehört. Nächste Woche wird mit der Beratung des Budgets begonnen. Ich bitte daher um Annahme des vorliegenden Antrages.

PRÄSIDENT (*Abstimmung mit Gegenprobe*): Ich konstatiere die Annahme des Antrages mit allen gegen zwei Stimmen.

Das Geschäftsstück Zahl 271 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich ersuche nun den Herrn Abg. Dr. Steingötter, die Verhandlung zur Zahl 262 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. STEINGÖTTER: Ich habe den Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend das Ersuchen des Bezirksamtes Bruck an der Leitha, Zahl U 61/47, vom 14. März 1947, um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Johann Koppensteiner wegen Ehrenbeleidigung, zu berichten.

Hohes Haus! Der Verfassungsausschuß hat sich mit einem Ersuchen des Bezirksamtes Bruck an der Leitha um Zustimmung zur ge-

richtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Koppensteiner wegen Ehrenbeleidigung befaßt. Der Verfassungsausschuß hat den Inhalt der Anklage in Beratung gezogen und außerdem zum Bericht und Antrag des Präsidiums des Hohen Hauses Stellung genommen.

Nach eingehender Beratung stellt der Verfassungsausschuß folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Dem Ersuchen des Bezirksamtes Bruck a. d. Leitha, Zl. U 61/47, vom 14. März 1947, um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Johann Koppensteiner wegen Ehrenbeleidigung wird keine Folge gegeben.“

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Nach der Sitzung findet eine gemeinsame Schul- und Finanzausschußsitzung statt.

Die nächste Landtagssitzung findet Mittwoch, den 2. April 1947, um 11 Uhr vormittags statt.

Am gleichen Tag finden um 9 Uhr Klub-sitzungen der ÖVP. und der SPÖ. statt.

Die Beratung des Finanzausschusses zum Budget beginnt am Mittwoch, dem 9. April, um 10 Uhr vormittags.

Die diesbezüglichen Mitteilungen liegen auf den Plätzen der Abgeordneten auf. Weitere Verständigungen ergehen nicht.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 15 Uhr.)